

**Rede
zur Einbringung des Haushaltes 2013
und der
Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2012 - 2021**

Stadtkämmerer Hubert Große-Ruiken

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Folie 1 In den vergangenen Wochen habe ich lange überlegt, mit welcher Botschaft ich heute hier stehen kann. Vieles war im Fluss. Wir mussten in einer sehr kurzen Zeit das Zahlenwerk zusammenstellen, wir sollten die ersten Berichte zum Haushaltssanierungsplan für die Bezirksregierung erstellen und wir haben lange und intensiv über die Erhöhung der Konsolidierungshilfe und die Höhe der Steuersätze diskutiert. Und das alles geschah in der Hoffnung, dass unser am 27.06.2012 geschnürtes Haushaltssanierungspaket hält. In den letzten Monaten keimte bei vielen von uns zudem die Hoffnung auf, dass es alles nicht so schlimm werden wird mit der Haushaltssanierung. Immerhin wussten wir seit Ende August, dass das Land NRW uns für 2013 rd. 1,5 Mio. € mehr an Schlüsselzuweisungen überweisen wird, als wir eingeplant hatten. Einige waren daraufhin dafür, die Steuern nicht so stark steigen zu lassen; andere wollten lieber Haushaltssanierungsmaßnahmen streichen.

Ich habe als Kämmerer primär den Schuldenabbau als Herausforderung gesehen!

I. Entwicklung des Haushaltsjahres 2012

Die Einnahmen und Ausgaben der vergangenen Monate verliefen sehr positiv. Dies verleitete mich zu der Ansicht, dass der Einstieg in den Schuldenabbau schneller vonstatten gehen könnte, als gedacht. Immerhin hat sich die für 2012 prognostizierte Deckungslücke von 17 Mio. € bisher nicht eingestellt, nein, wir konnten am 29.10.2012 zum ersten Mal nach 20 Jahren sogar einen Kassenkredit von 5 Mio. € zurückzahlen. Mit dieser frohen Botschaft, so nahm ich mir vor, wollte ich heute berichten, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass wir eine gute Chance haben, für unsere Stadt eine nachhaltige Politik umzusetzen.

Heute stehe ich allerdings zumindest für 2012 mit leeren Händen hier. Wie schnell sich doch das Blatt wenden kann. Die Rückzahlung des Kassenkredites war nur ein Strohfeder. Noch in dieser Woche werden wir uns dieses Geld zurückholen müssen, um überzahlte Gewerbesteuern in Höhe von 6,7 Mio. € erstatten zu können.

Über die Umstände, wie es zu einer solchen Rückerstattung kommen kann, haben wir im HFA berichtet. An sich ist ein solcher Vorgang nichts Ungewöhnliches. Es kommt durch die Anpassung von Vorauszahlungen und durch Nachveranlagungen immer zu solchen Transaktionen, die für die Stadt positiv sein, aber auch ins Gegenteil umschlagen können. Hervorstechend ist allerdings die Höhe. Wenn ein „Großer“ hustet, ist die betroffene Stadt krank. Die Stadt Köln hat in den letzten Monaten an ein großes Unternehmen 130 Mio. € zurückzahlen müssen; die Stadt Hamminkeln hatte ebenfalls 2 Mio. € zurückzuzahlen! Auch bei uns gab es diese Woche einen zweiten Fall; allerdings nur über 250.000 €.

Eine beruhigende Erkenntnis hatten wir allerdings schnell. Weil wir von dem betroffenen Unternehmen bereits seit 2011 keine Gewerbesteuer mehr bekommen und das auch für die Folgejahre nicht einkalkuliert ist, ist für die Sanierungspläne der nächsten Jahre nichts mehr zu befürchten. Dies war auch die erste Frage der Bezirksregierung, als ich dort den Vorgang vorgetragen habe. Und wir haben sofort die Vorauszahlungen aller anderen großen Dorstener Gewerbesteuerzahler dahingehend überprüft, ob dort noch schlummernde Risiken vorhanden sind. Eine überschlägige Ermittlung – mehr geht nicht – sagt uns, dass wir Rückzahlungen in Millionenhöhe in den nächsten Jahren nicht befürchten müssen. Mit 6-stelligen Beträgen muss man allerdings immer rechnen!

Diese Vorgänge belegen: unser Haushaltssanierungsplan bleibt, auch wenn wir die Risiken einkalkulieren, ein labiles Werk. Wir dürfen daher nicht leichtfertig sein und unsere mühsam erarbeiteten Reserven wieder preisgeben. Ich rate dringend davon ab, die Haushaltssanierungsmaßnahmen oder die Steuererhöhungen nun aufzugeben, weil es uns durch die höhere Konsolidierungshilfe, die zudem noch nicht amtlich ist, demnächst etwas besser geht. Denn ab 2021 müssen wir ohne diese Hilfe auskommen. Die Konsolidierungshilfe ist als Übergangsgeld zu verstehen, bis die eigenen Anstrengungen greifen.

Ich rate aber auch deshalb von dem Abrücken von einmal beschlossenen Haushaltssanierungsmaßnahmen ab, weil man dies dann später nicht erneut rückgängig machen kann, wenn es dann doch eng werden sollte. Hierfür wird es dann, das lehrt die Erfah-

rung, keine politischen Mehrheiten mehr geben, weil sich daran niemand die Finger verbrennen will.

Gleichwohl werden wir erleben, dass eine Reihe von Sparmaßnahmen nicht die im HSP vorgesehene Höhe erreichen wird. Das letzte halbe Jahr belegt das bereits. Hierfür benötigen wir ebenfalls dringend Reserven!

II. allgemeine Rahmenbedingungen in 2013

Über die allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen möchte ich heute keine großen Worte mehr verlieren. Wir haben ein Jahr hinter uns, in dem wir alle Facetten lang und breit diskutiert haben. Was mich bedenklich stimmt ist die Tatsache, dass bei den Bürgern und den Unternehmen die finanzielle Situation der Stadt nicht ankommt. Wir erleben, dass Bürger die Stadt nicht als das „Ihre Stadt“ begreifen, sondern als etwas Fremdes. Es ist kaum zu vermitteln, dass die finanzielle Situation der Stadt und die HSP-Maßnahmen die Bürger unweigerlich treffen werden! Denn es gibt zwei Möglichkeiten: entweder nehme ich dem Bürger eine Leistung weg, oder ich verlange für die Leistung mehr Geld und mehr Steuern! Viele glauben stattdessen, wenn die Stadt mal richtig spart, lassen sich die Probleme in den Griff bekommen, ohne dass der Bürger etwas merkt. Es gibt den Glauben, dass man den Personalabbau im Rathaus nicht bemerken wird, weil es im Rathaus ganz viel Potenzial gibt. Aber diesen Speck gibt es nicht! Ich werde bei den Personalausgaben hierauf noch zurückkommen. Wenn sich die Schlangen im Bürgerbüro verlängern und der Bauantrag länger dauert, wird geschimpft! Auch wenn im Rathaus Fehler gemacht werden, gibt es sofort Schuldzuweisungen. Dass dies aber alles auch Folgen von „Sparen“ sind, wird ausgeblendet. Ein Sparen, ohne dass es dem Bürger weh tut, gibt es nicht!

III. Rahmendaten zum Haushalt 2013

Der Ihnen nun vorliegende Entwurf des Haushaltes 2013 basiert auf den Erkenntnissen und der Gesetzeslage, die wir zum Redaktionsschluss 30.11.2012 hatten und die amtlich sind, wie man so schön sagt. Das heißt, dass keine Elemente eingebaut worden sind, für die es keine belastbaren Unterlagen gibt oder die spekulativ sind.

Entwurf Haushalt 2013

Fortschreibung HSP 2013 - 2021

Ausgangsdaten

- Steuersätze wie am 27.06.2012 beschlossen
Grundsteuer A = 470%
Grundsteuer B = 825%
Gewerbsteuer = 500%
- Konsolidierungshilfe lt. Gesetz (3,143 Mio. €)
- November-Steuerschätzung und Orientierungsdaten des Landes zu den Steuern und Zuweisungen
- Höhere Leistungen der Jugendhilfe (5% statt 4%)
- Steigerung Gewerbesteueraufkommen 1,5% pro Jahr (bisher 2%)
- Schlüsselzuweisungen gem. 1. Modellrechnung GFG 2013 mit Abschlag in 2014 wegen zu erwartender höherer Steuerkraft
- Kreisumlage gem. Eckdaten Kreishaushalt vom 25.10.2012, allerdings ohne Einrechnung von Effekten aus den Verabredungen zum Fiskalpakt

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

2

Das heißt:

- Es gilt der Steuerbeschluss des Rates vom 27.06.2012 (470/825/500)!
- Für die Konsolidierungshilfe gilt noch die jetzige gesetzliche Regelung.
- Enthalten sind die letzten verfügbaren amtlichen Steuerschätzungen.
- Wir rechnen mit einer Steigerung der Jugendhilfeleistungen von jährlich 5% statt 4%! Meine Damen und Herren! Wenn wir die Jugendhilfeleistungen nicht in den Griff bekommen, ist dies ein Sprengsatz für den Haushalt. Jugendhilfe heißt oftmals auch SGB II. Jetzt, aber auch später für die heutigen Heranwachsenden. Gute Bildung kann hier einiges leisten. Aber hierfür sind wir nicht zuständig! Zuständig ist das Land NRW. Schulentwicklungsplanung ist keine Bildungsplanung, sondern eine Raumplanung. (Zu) viele Räume oder kurze Schulwege garantieren noch keine gute Bildung! Etwas ähnliches gilt für das Schulschwimmen. Die Kinder lernen nicht über die Anzahl der Bäder schwimmen, sondern durch Schwimmunterricht!
- Beim Gewerbesteueraufkommen sind wir von der bisherigen Prognose einer Steigerung um 2% abgerückt und trauen uns nur noch, 1,5% anzusetzen!
- Eingerechnet sind die Schlüsselzuweisungen nur aus der 1. Modellrechnung. Zu den Veränderungen nach dem 30.11.2012 komme ich später.
- Schließlich haben wir die Kreisumlage nach den Eckdaten des Kreishaushaltes vom 25.10.2012 eingerechnet. Nicht übernommen haben wir allerdings die vom

Kreis einbezogenen Entlastungen aus den Verabredungen zum Fiskalpakt in Höhe von 11,7 Mio. €; für Dorsten wären das rd. 1,3 Mio. €. Hier wird der Kreishaushalt noch geändert werden müssen, weil der Innenminister dem Kreis zu verstehen gegeben hat, dass dies nicht möglich ist.

IV. Finanzsituation in Dorsten 2013

Folie 3 Der erste Indikator für die Beurteilung der Finanzsituation ist die Liquidität. Diese ergibt sich aus dem Finanzplan, in dem alle **Einzahlungen** und alle **Auszahlungen**, so wie sie es noch aus dem kameralen Haushaltsrecht kennen, dargestellt sind und zwar getrennt nach

- laufender Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

<h2>Finanzplan</h2>		
Saldo	2013	2012
	€	€
aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.490.134,00	-10.231.104,00
aus Investitionstätigkeit	-12.048.185,00	-4.650.728,00
aus Finanzierungstätigkeit	5.800.350,00	-2.278.905,00
gesamt	-3.757.701,00	-17.160.737,00
hierin enthaltene Kreditaufnahme für Investitionen	12.276.450,00	4.201.195,00
Saldo ohne Kredite	-16.034.151,00	-21.361.932,00

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012 3

Der Saldo informiert über die tatsächliche finanzielle Situation einer Kommune, denn er weist nach, inwieweit die Kommune über liquide Mittel verfügt. Er ist in etwa vergleichbar mit dem alten kameralen Haushalt. Im Haushaltsjahr 2013 ergibt sich ein **Gesamtsaldo von rd. – 3,8 Mio €**. Er liegt damit um rd. **13,4 Mio € unter dem Saldo aus 2012.**

Ich muss jedoch davor warnen, zu glauben, dass sich unsere Liquidität um 13,4 Mio. € verbessert. Denn in den Gesamtsalden sind beträchtliche Kredite für Investitionen enthalten. Einen besseren Überblick über die Liquidität vermittelt die erste Zeile, in dem

der Liquiditätssaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aufgeführt ist. Dieser verbessert sich um rd. 12,7 Mio. €.

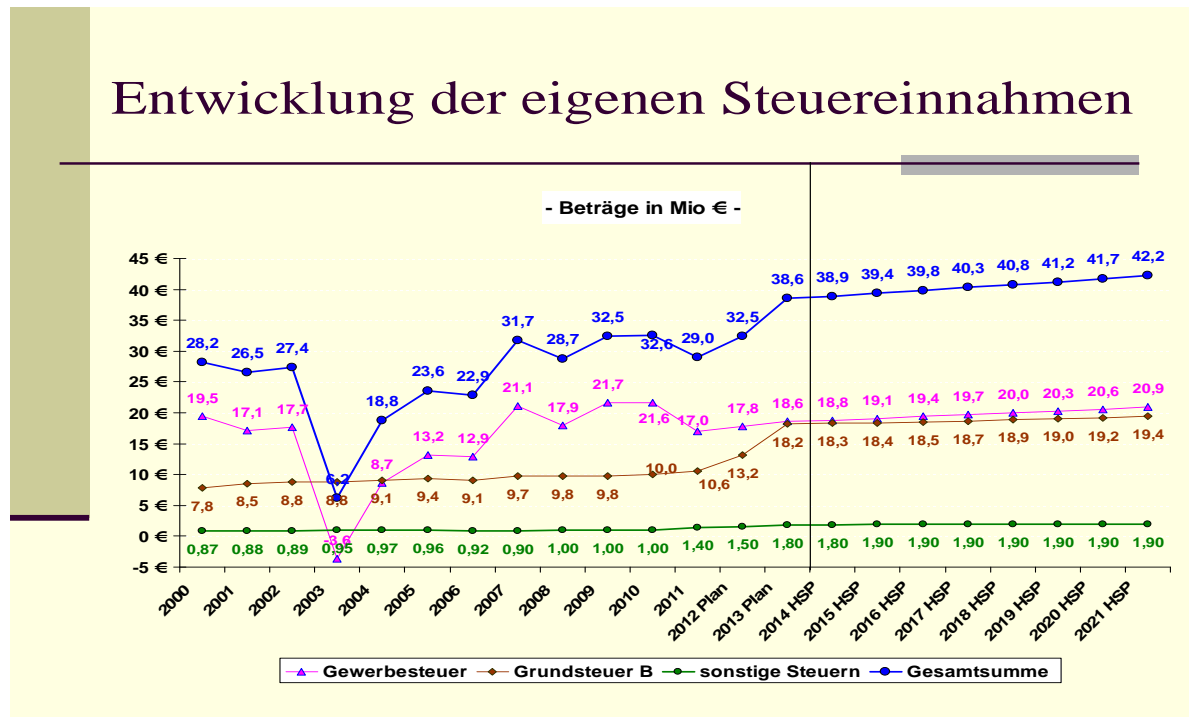
Zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen stelle ich Ihnen nun die wesentlichen Eckdaten des Finanzplanes 2013 vor.

IV. 1. einige Eckdaten zum Finanzplan 2013

Ich gehe bei der Darstellung der Daten auf das Jahr 2000 zurück. Das Jahr 2000 war das Jahr, in dem wir zuletzt beinahe den Haushaltsausgleich geschafft haben. Außerdem stelle ich, um den Zusammenhang mit unserer Haushaltssanierung herzustellen, unsere Prognosen bis 2021 daneben. Dies erleichtert auch die Einschätzung darüber, ob wir diesen Prognosen trauen können.

Folie 4

Ich beginne bei den **eigenen Steuern**.



Die **Gewerbesteuerentwicklung** war bis zum 10.12.2012 sehr erfreulich. Wir lagen um mehr als 2 Mio. € über dem Plan. Dies hätte Anlass dazu sein können, für 2013 deutlich höhere Ansätze als in der Haushaltssanierung vorgesehen, anzusetzen. Dies hätte sich darüber hinaus dann bei der Fortschreibung mit Indizes bis 2021 positiv ausgewirkt.

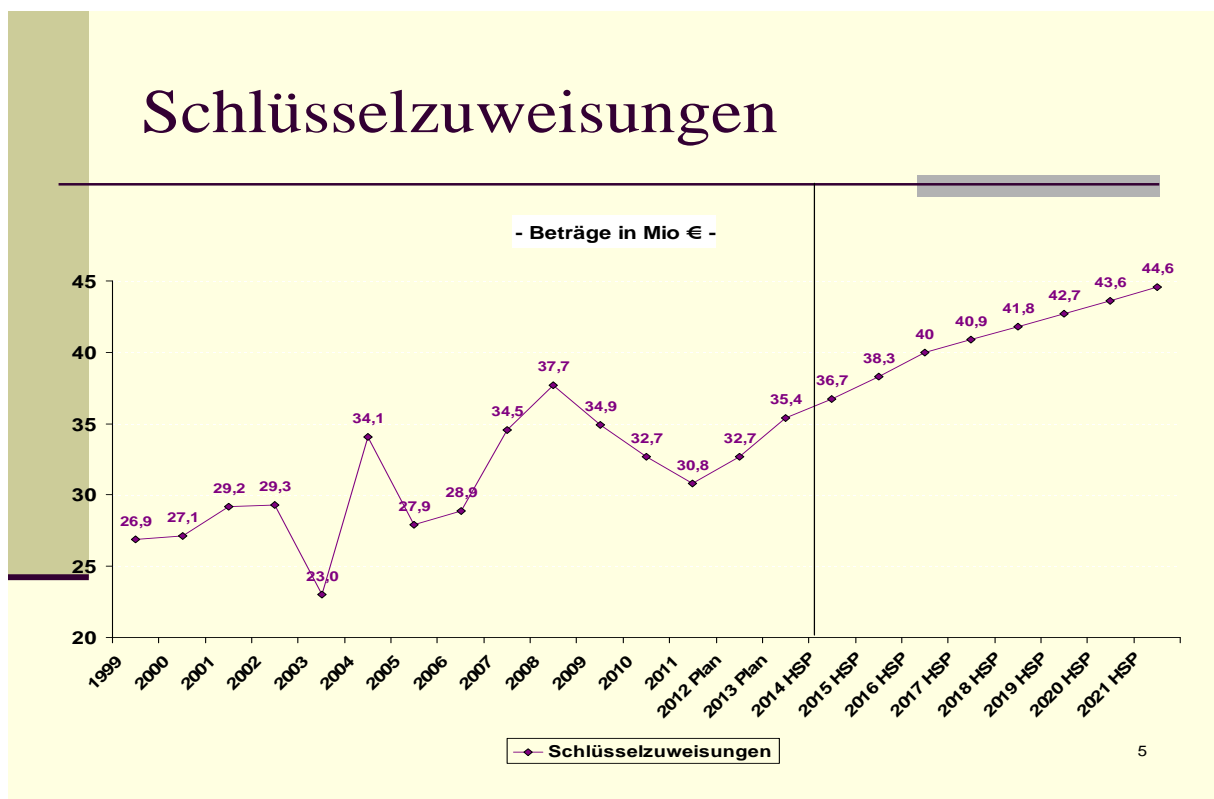
Das hätte allerdings dazu geführt, dass eine noch intensivere Diskussion über die Haushaltssanierungsmaßnahmen und die Steuersätze entbrannt wäre. Sind die Steuern aber gesenkt sowie Haushaltssanierungsmaßnahmen storniert, und anschließend gibt es eine Trendwende, dann wären die Folgen unabsehbar. Ich werde deshalb nicht müde, auf die Risiken hinzuweisen. Ich werde das auch heute tun!

Man kann über den Kurs, vorsichtig zu sein, oder Mut zu haben, streiten. Wenn es aber um Nachhaltigkeit geht, zählt aus meiner Sicht der kurzfristige Erfolg wenig. Ich habe mich deshalb vor dem Hintergrund, dass die Bäume nicht in den Himmel wachsen, entschlossen, die guten Zahlen, die ja zum 30.11.2012 auch tatsächlich vorhanden waren, für die weiteren Planungen **nicht** anzusetzen. Auch meine Mitarbeiter, die noch genauer wissen, was bei der Gewerbesteuer passiert, haben mich darin bestärkt, vorsichtig zu sein. Und ich glaube, dass es angesichts der jüngsten Entwicklung richtig war, diesem Rat zu folgen.

Bei den übrigen von uns beeinflussbaren Steuereinnahmen gab es in 2012 eine Verbesserung durch die vom Rat beschlossenen Hebesatzänderungen. Dies wird sich fortsetzen; der Sprung nach oben macht das deutlich. Dieser wird allerdings um 1,2 Mio. € geringer ausfallen, wenn es zu den Steuerbeschlüssen kommt.

Auch bei den anderen Einnahmen geht es aufwärts.

Folie 5 Die **Schlüsselzuweisungen** des Jahres 2013 fallen im Planvergleich zum Vorjahr um rd. 2,8 Mio € besser aus. Hierfür gibt es mehrere Gründe:



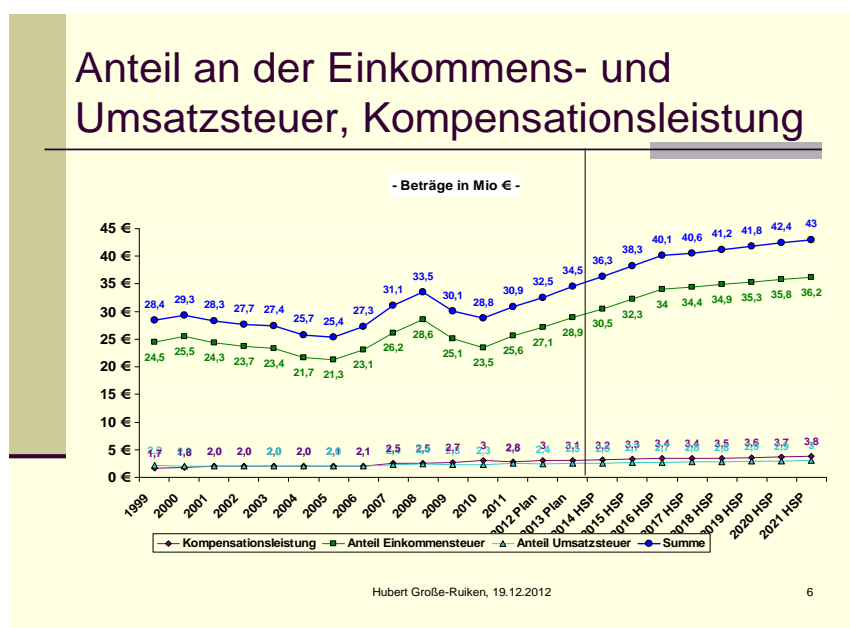
- Es ist zusätzlich Geld im Topf, nämlich 3,54% mehr als in 2012. Dies liegt an den guten Steuereinnahmen des Landes, an denen wir – übrigens seit Jahren unverändert - mit 23% beteiligt sind. Wenn der Innenminister betont, dass das Land

den Kommunen noch nie so viel Geld gegeben hat, wie in 2013, so liegt dies nicht an Handsalben des Landes, sondern an der Systematik. Zu konstatieren ist jedoch auch, dass das Land seit 2010 den Topf aufgestockt hat.

- Die Steuerkraft aller Kommunen ist um 1,6% gestiegen. Unsere eigene Steuerkraft ist dagegen um 2,73% gesunken, was nicht zuletzt daran liegt, dass das große Unternehmen, das ich anfangs erwähnt habe, seit 2011 keine Gewerbesteuer mehr zahlt. Dadurch werden wir auch stärker am Ausgleichstopf beteiligt.
- Strukturelle Änderungen gibt es im GFG 2013 nicht. Diese können sich für 2014 ergeben, wenn im nächsten Jahr das Ergebnis eines neuen Gutachtens des Innenministeriums vorliegt. Wir warten mit Spannung darauf, ob in ihm auch der von uns beklagte „Neutralisierungseffekt“ beim Kreisfinanzausgleich aufgegriffen wird.
- Nicht unerwähnt bleiben muss auch, dass es gegen das GFG 2011 Klagen gibt, die die Erhöhung des Soziallastenansatzes im Gegenstand haben. Gegen das GFG 2012 gibt es noch keine Klagen. Das heißt aber nichts, denn das Gesetz gibt es erst seit einigen Tagen.

Folie 6

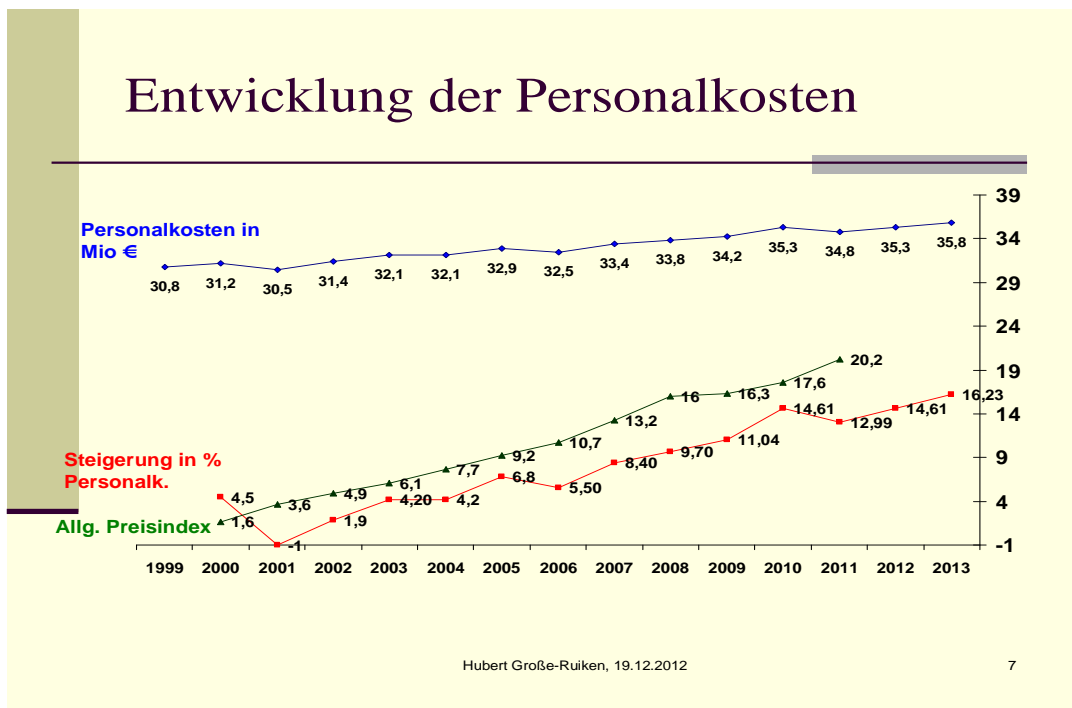
Beim Anteil an der Einkommenssteuer geht es ebenfalls weiter bergauf. Wir werden in 2012 rd. 700.000 € mehr erhalten, als im Plan steht. Den Höchststand des Jahres 2008 werden wir in 2013 dann leicht übertreffen!



Für die Folgejahre teile ich den Optimismus der Steuerschätzer nicht. Es geht nicht immer nur bergauf! Wir werden auch wieder andere Zeiten erleben. Wenn die Wirtschaft stagniert und unser Transferaufwand steigt, haben wir keine Chance!

IV.2. Nun der Blick auf die Auszahlungsseite:

Folie 7 Die **Personalkosten** steigen, lässt man den Stellenabbau durch die Haushaltssanierung außen vor, um rd. 700.000,- €. Der hohe Tarifabschluss von März 2012, mit dem die Einkommen der Beschäftigten am 01.01. um 1,4% und zum 01.08. um weitere 1,4% erhöht werden, findet sich u. a. hier wieder. Auch die Beamtenbesoldung wird steigen, obwohl es von Seiten des Landes noch keinen Gesetzentwurf gibt.



Dass die Personalaufwendungen tatsächlich gegenüber 2012 nur um 0,4 Mio. € höher sind, liegt an der Haushaltssanierung.

Wir betreiben die Personalpolitik in Dorsten mit Augenmaß! Das macht ein anderer Vergleich deutlich. Der allgemeine Preisindex für die Lebenshaltungskosten ist von 1999 bis 2011 um 20,2% gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind unsere Personalkosten nur um 13% gewachsen. Neben einem Einkommensverzicht unserer Mitarbeiter - die Abschlüsse im Öffentlichen Dienst lagen immer unterhalb der Tarifabschlüsse der Wirtschaft - macht sich hier auch die Haushaltskonsolidierung bemerkbar. Die 7 Punkte Unterschied sind rd. 2,5 Mio. €!

Diese Personalpolitik wollen und müssen wir auch in 2013 fortsetzen. Gegenüber dem Stellenplan 2012 werden wir in 2013 weitere 14 vollzeitverrechnete Stellen abbauen. Durch normale Fluktuation und ohne betriebsbedingte Kündigungen!

Meine Damen und Herren, beim Personal stoßen wir inzwischen an Grenzen. Das mag man uns draußen nicht glauben. Wer aber den täglichen Betrieb im Rathaus miterlebt, muss konstatieren, dass wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inzwischen eine Menge zumuten. Ich bin im Rathaus hierfür schon berüchtigt.

Folie 8 Folie mit dem Schiff

Wir werden darüber nachzudenken haben, ob wir in den nächsten Jahren mehr ausbilden müssen. Wir können bereits jetzt die freien Stellen im gehobenen Dienst nicht mehr besetzen, weil wir kein Geld und kein Personal für die Ausbildung haben. Da müssen wir etwas tun. Zudem scheiden in den nächsten Jahren viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, für die wir Ersatz benötigen. Andere Kommunen mögen die freiwerdenden Stellen noch einsparen können; wir können das nicht mehr! Auch die Einhaltung der Wiederbesetzungssperren machen Probleme. Wir kürzen unsere Personalkosten aus Haushaltsgründen jedes Jahr um 5%. Das sind 40 Stellen. Die Arbeit jedoch bleibt! Bei einer immer dünneren Personaldecke ist dies kaum noch aufzufangen!

Folie 9 Bei den Ausgaben kommt immer wieder das Thema „Konnexität“. Ich möchte Ihnen hierzu eine Folie zeigen, die das Problem deutlich macht.

Beispiele für die Übertragung von Lasten durch Bund und Land (netto)		
	gesamt	in 2013
➤ Deutsche Einheit	rd. 57,3 Mio. €	1,26 Mio. €
➤ Unterhaltsvorschussgesetz	rd. 5,9 Mio. €	0,29 Mio. €
➤ Krankenhausfinanzierung	rd. 7,1 Mio. €	0,85 Mio. €
➤ Flüchtlinge und Asylbewerber	rd. 31,1 Mio. €	1,35 Mio. €
Zusammen	101,4 Mio. €	3,75 Mio. €

Allein durch die Aufgaben „Deutsche Einheit“, „Unterhaltsvorschussgesetz“, Krankenhausfinanzierung“ und „Flüchtlinge und Asylbewerber“ haben wir im Jahre 2013 eine Last von 3,75 Mio. €. Insgesamt haben wir hierfür in unser Haushaltssicherungszeit über 100 Mio. € netto aufgewendet. Vor 20 Jahren hatten wir hierfür nämlich noch keine Aufwendungen!

Folie 10

Wir erleben aber auch einen rapiden Wandel in unserer Gesellschaft, den wir ebenfalls durch Standards oder gesetzliche Zwänge finanzieren müssen:

Beispiele für Belastungen durch den Wandel in der Gesellschaft			
	1993	2013	mehr
➤ Kindergärten	1,9 Mio. €	6,8 Mio. €	4,9 Mio. €
➤ Feuerwehr	1,1 Mio. €	3,1 Mio. €	2,0 Mio. €
➤ Ganztagsschulen	0	0,4 Mio. €	0,4 Mio. €
➤ Jugendhilfe	1,9 Mio. €	7,4 Mio. €	5,5 Mio. €
➤ Kreisumlage	29,0 Mio. €	47,9 Mio. €	18,9 Mio. €
Summe	33,9 Mio. €	65,6 Mio. €	31,7 Mio. €

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

Das ist eine Mehrbelastung in Höhe von 31,7 Mio. € pro Jahr. Hierin nicht enthalten sind die nicht zahlungswirksamen Vorgänge, insb. die Abschreibungen für die Investitionen.

Folie 11

Fasst man nun diese Belastungen zusammen, so gibt es – trotz unserer Steuererhöhung auf die bekannten 825%- immer noch eine Lücke, die nicht geschlossen ist.

Zusammenfassung

Belastungen durch Bund und Land	+ 3,8 Mio. €
Belastungen durch den Wandel in der Gesellschaft	+ 31,7 Mio. €
Summe	+ 35,5 Mio. €

	1993	2013	
Steuereinnahmen	75,2 Mio. €	108,2 Mio. €	33 Mio. €
Lücke pro Jahr			2,5 Mio. €

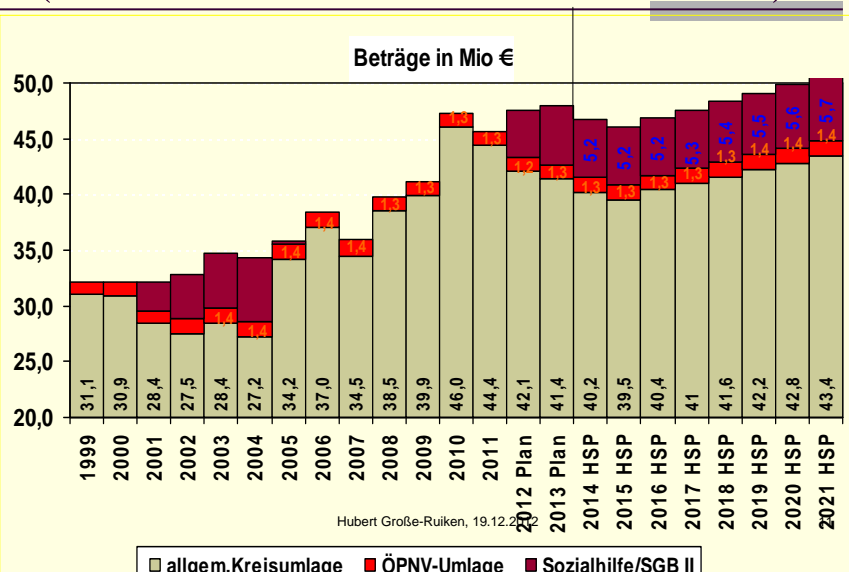
Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

10

Das bedeutet, dass wir diesen Betrag bei uns an anderen Stellen heraussparen müssen. Wir lassen dabei aber außer Acht, dass es noch eine Vielzahl weiterer Bereiche gibt, bei denen es eine Kostenentwicklung gegeben hat, für die wir ebenfalls keine Finanzierung haben.

Folie 12 Aus dem vorstehenden Block möchte ich nun die größte Auszahlungsposition herausgreifen, nämlich die **Kreisumlage**

Entwicklung der Kreisumlage (incl. ÖPNV und Sozialhilfe/SGB II)



Der allgemeine Hebesatz sinkt von 48,12 auf 46,71%. Seien Sie jedoch skeptisch, wenn Ihnen dies jemand als Erfolg verkauft. Die Kreisumlage steigt auch in 2013 – trotz verbesserter Rahmendaten – an. Denn entscheidend ist die nominelle Kreisumlage. Die Senkung des Hebesatzes hat zwei wichtige Ursachen:

- Zum Einen sind die Umlagegrundlagen durch die Steuerkraftentwicklung und die Schlüsselzuweisungen in den Städten um 13 Mio. € gestiegen. Blicke der Hebesatz unverändert, würde der Kreis also automatisch mehr Geld von uns erhalten. Im Fachjargon wird dies „Mitnahmeeffekt“ genannt. Diese gibt es im Übrigen auch beim Landschaftsverband und dem RVR.
- Ab 2013 steigt die SGB-II-Umlage. von 40% der Ausgaben für SGB II auf 50%. Dies sind gegenüber 2012 rd. 8 Mio. € mehr, die aus der allgemeinen Kreisumlage herausfallen. Sie werden über einen anderen Schlüssel auf die Städte verteilt, der für die Stadt Dorsten wegen der geringen Anzahl an Bedarfsgemeinschaften günstiger ist.

Ich möchte nicht über den Kreishaushalt referieren. Ich möchte aber auf einige Zusammenhänge hinweisen, die auch in der Diskussion über die Hebesätze in Nachbarkreisen gerne übersehen werden. Es gibt nämlich einen Zusammenhang zwischen dem Hebesatz der Kreisumlage, der Steuerkraft und der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, den ich Ihnen nachstehend zeigen möchte.

Folie 13

Zusammenhang zwischen Hebesatz der Kreisumlage, Steuerkraft und Anzahl der Bedarfsgemeinschaften

Kreis	Steuerkraft je Einwohner	Rang*	Anteil der Bedarfsgem.	Rang	Hebesatz Kreisumlage	Rang
Kreis Recklinghausen	731,11	30	5,50%	1	53,51	1
Kreis Unna	838,67	23	4,72%	2	47,53	4
Ennepe-Ruhr-Kreis	1.040,66	6	4,18%	4	45,09	5
Kreis Wesel	823,83	26	3,80%	6	43,75	11
Kreis Kleve	856,94	21	2,79%	22	31,97	30
Kreis Steinfurt	832,30	25	2,44%	26	34,10	29
Kreis Borken	950,29	11	2,17%	29	27,10	31
Kreis Coesfeld	834,91	24	1,85%	31	34,12	28
Land NRW	989,36		4,48		40,98	
<small>31 Kreise</small>						

Quelle: Entwurf GFG 2013

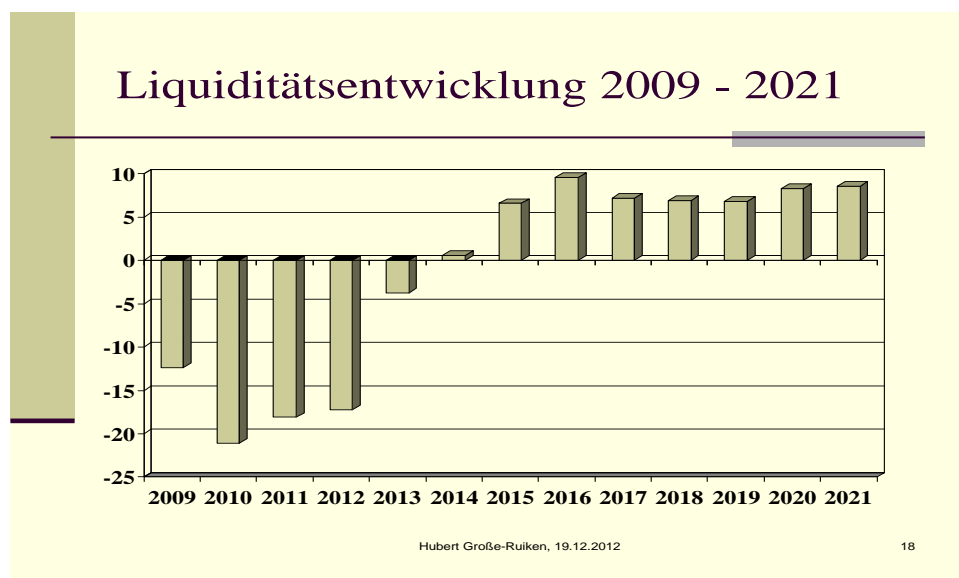
Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

12

Bei der Steuerkraft in NRW belegt der Kreis Recklinghausen von 31 zu vergebenden Plätzen Platz 30, ist also Vorletzter. Noch schlechter ist es nur im Kreis Höxter. Bei der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften sind wir deutlich besser; wir belegen nämlich Platz 1 der Wertung, obwohl man nicht darauf erpicht sein muss, hier Erster zu sein. Der Nachbarkreis Borken belegt hier Platz 29!

Wenig verwunderlich dürfte es dann sein, dass der Kreis Recklinghausen beim Zusammentreffen dieser Indikatoren in 2012 an erster Stelle bei der Kreisumlage liegt. Das Münsterland kann sich hier deutlich besser positionieren. Wundert es dann noch, dass der Kreis Borken die niedrigste Kreisumlage in NRW erhebt, zumal auch seine Steuerkraft höher ist. Ich glaube, der Vorwurf, die Misere sei selbst verschuldet, müsste dann schnell vom Tisch sein. Das Problem ist, dass nur wenige diese Zusammenhänge verstehen und zuweilen auch nicht wahrhaben wollen. Selbst wenn wir in den Kreis Borken wechseln wollten, so wollte man uns dort gar nicht haben, weil wir dann dort die Sozialstrukturen durcheinander bringen würden. Die anderen Städte im Kreis Borken müssten dann nämlich unsere Soziallasten mitbezahlen, ein Umstand, den sie durch die Klage gegen das GFG 2011 gerade verhindern wollen.

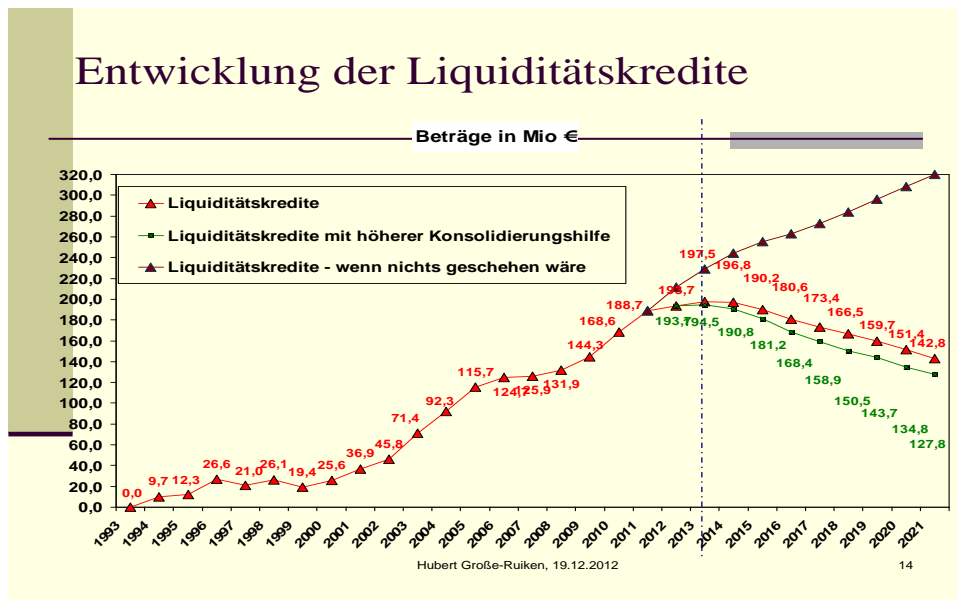
Folie 14 Den Blick auf die Auszahlungsseite möchte ich schließen mit einem Blick auf die Entwicklung der Liquidität.



Diese ist ab 2014 positiv, so dass wir Liquiditätskredite hoffentlich zurückführen können. Dies wird sich noch beschleunigen, wenn wir die höhere Konsolidierungshilfe erhalten. Zumindest bis 2016 werden wir zusätzlich 11,2 Mio. € an Krediten pro Jahr zurückzahlen können, wenn wir von der erhofften höheren Konsolidierungshilfe 1,2 Mio. € den

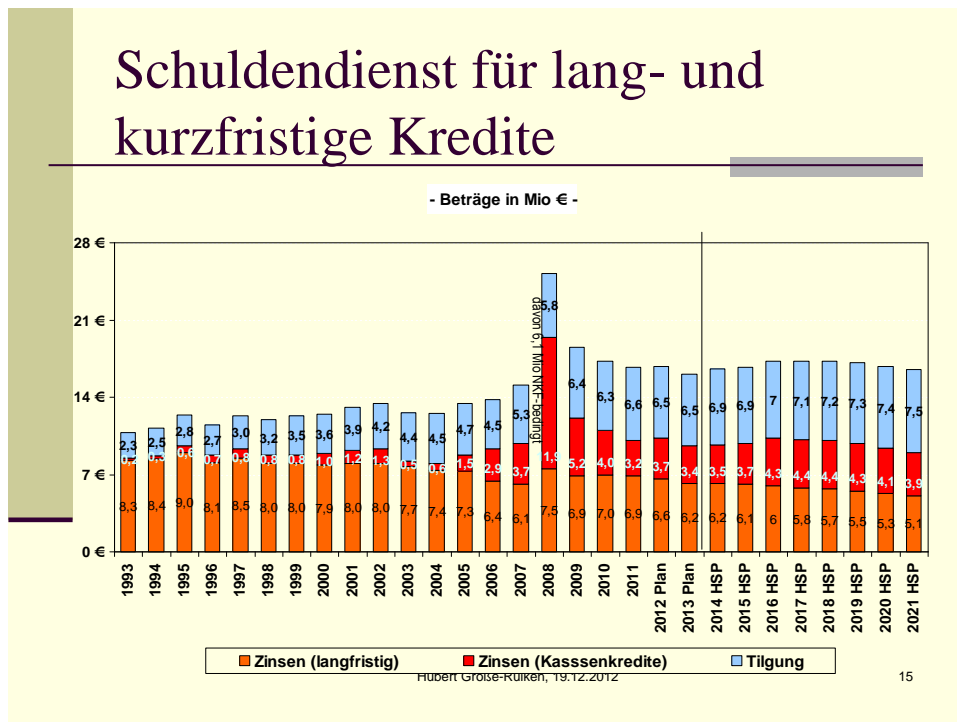
örtlichen Steuerzahlern zukommen lassen und den Rest für die Schuldentilgung verwenden. Aufpassen müssen wir aber ab 2017, wenn die Konsolidierungshilfe sinkt.

Folie 15 Die **Liquiditätskredite** sind der Indikator auf die finanzielle Situation der Kommune schlechthin.



Ich habe drei Linien aufgezeigt. Die obere Linie zeigt die Entwicklung der Liquiditätskredite, wenn wir nichts gemacht hätten. Die roten Zahlen stehen für die aktuelle Entwicklung und die grünen Zahlen verdeutlichen die Auswirkungen, wenn wir den HSP voll umfänglich umsetzen könnten. Zur Entwicklung des Haushaltssanierungsplanes komme ich gleich noch.

Folie 16 Vorher erlauben Sie mir aber kurz noch einen Blick auf die Entwicklung des Schuldendienstes.



Sie sehen bei den **Zinsen für Investitionskredite**, dass diese beständig sinken, weil wir die Verschuldung kontinuierlich abbauen. Dies wird mit zwei Ausnahmen auch in den nächsten Jahren so sein. Ende 2013 wird es einen deutlichen Anstieg geben, wenn wir den Kredit für den Kauf des Stromnetzes benötigen. In 2014 müssen wir uns dann für die Bedienung der Bürgschaft der EW etwas einfallen lassen. Wir gehen z. Z. davon aus, dass wir Grundstücke im Werte von etwa 2 Mio. € von der EW kaufen müssen.

In der vergangenen Woche gab es in der Dorstener Zeitung einen Vergleich bei den Zinsen. Dorsten zahlt angeblich im Kreis die höchsten Zinsen. Dies erweckt zum wiederholten Mal den Eindruck, wir würden schlecht wirtschaften. Ich sage es kurz: der Vergleich hinkt. Wer nur Zinssätze miteinander vergleicht und dabei Parameter wie Aufnahmezeitpunkt, Zinsfestschreibung, Tilgungssätze und Risiken nicht nennt, sagt nur die halbe Wahrheit. Wir haben uns in Dorsten für lange Zinsfestschreibungen entschieden, um Risiken zu vermeiden. Dies ist in Niedrigzinsphasen, wie heute, teurer, gewiss. Aber in Hochzinsphasen ist dies billiger. Man kann eine andere Strategie wählen, muss dann aber auch die Chancen und Risiken benennen.

Z. Z. zahlen wir für unsere Liquiditätskredite genauso viel Zinsen wie in 2007, also vor der Finanzkrise. Allerdings hatten wir in 2007 rd. 50 Mio. € weniger Kassenkredite. Anfang 2010 hatten wir eine Durchschnittsverzinsung von 2,57%; z. Z. liegt sie bei 1,79 %.

Es muss allerdings gesehen werden, dass wir bei der Zinshöhe den Entwicklungen des Finanzmarktes wehrlos ausgeliefert sind. Jeder Prozentpunkt, um den das Zinsniveau steigt, würde der Stadt Dorsten rd. 1,8 Mio. € kosten!

V. Ergebnisplan 2013

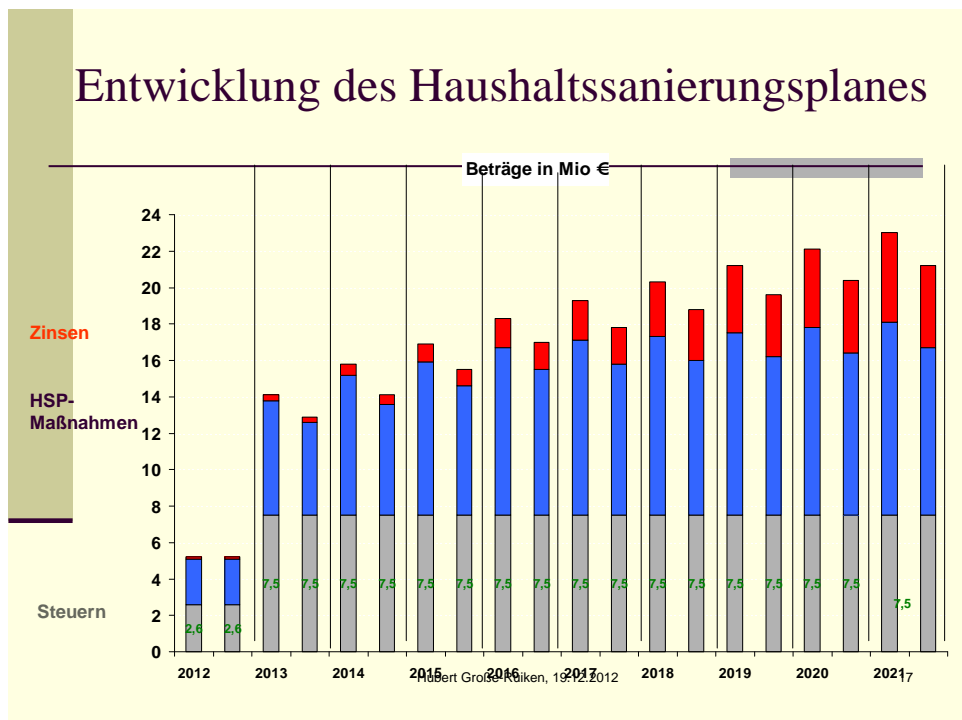
Folie 17 Wären wir noch im kameralen Haushalt, wäre ich jetzt am Ende. Der Haushalt 2013 schliesse mit einem Fehlbedarf von 3,8 Mio. € ab. Im NKF und nach dem Stärkungspaktgesetz müssen jedoch auch die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen erwirtschaftet werden. Das sind in 2013 rd. 8,4 Mio. € und bestehen im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten, den Abschreibungen und den Rückstellungen, wobei bei Letzteren insbesondere die Pensionsrückstellungen von Bedeutung sind.

Der Gesamtfehlbedarf 2013 stellt sich somit wie folgt dar:

Ergebnis des Finanzplanes:	= 3.757.701 €
nichtzahlungswirksames Ergebnis:	= 8.323.555 €
= Gesamtfehlbedarf	= 12.081.256 €

VI. Entwicklung unseres Haushaltssanierungsplanes

Folie 18 Unser am 27.06.2012 beschlossener Haushaltssanierungsplan besteht aus drei Komponenten:



Erster Baustein sind die bereits berücksichtigten 210 Einzelmaßnahmen, in der Grafik blau dargestellt. Die grauen Balken darunter stehen für die beschlossenen Steuererhöhungen. Die roten Balken versinnbildlichen die daraus resultierenden Zinseinsparungen, die am Anfang naturgemäß klein sind, aber von Jahr zu Jahr wachsen.

In den Datenreihen habe ich dargestellt, wie sich die Planungen am 27.06.2012 in der Realität nun darstellen. Es fällt auf, dass ein Anteil nicht umsetzbar sein wird. Größter Einzelposten sind die pauschalen Einsparungen bei der Jugendhilfe, die 0,5 Mio. € in 2012 und 1 Mio. € ab 2013 betragen sollten. Sie erinnern sich daran, dass wir im November für das Jugendamt einen Nachschlag in Höhe von 0,8 Mio. € bewilligen mussten. Das heißt, dass diese Einsparung nicht geht. Auch in anderen Bereichen gibt es Abweichungen; die in den Ihnen zugegangenen Berichten an die Bezirksregierung erläutert sind. Ein Grund mehr für mich, für Reserven zu werben und den HSP nicht auf Kante zu nähern.

Folie 19 In der nachstehenden Grafik habe ich dargestellt, was sich im letzten halben Jahr außerdem getan hat und welche Auswirkungen dies auf unsere im HSP wichtigen Zieljahre 2016 und 2021 hat.

Wesentliche Veränderungen

	2016	2021
Ausgangswert	0,4	2,9
- höhere Steuereinnahmen	0,3	0,5
- höhere Schlüsselzuweisungen	2,4	2,3
- sonstige Verbesserungen	0,3	0,4
- Höherer Personalaufwand	-0,9	-0,9
- Fördermaßnahmen, Konzepte	-0,4	-0,4
- Jugendhilfe	-0,5	-1,2
- Umlagen	0,4	0,5
- Asylbewerber	-0,4	-0,4
- Nicht umsetzbare HSP-Maßn.	-1,1	-1,9
- Zinsen	0,0	0,2
Neues Ergebnis	0,5	2,0
Differenz	0,1	-0,9

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012 18

Ich möchte aus Zeitgründen diese Veränderungen nicht näher erläutern, sie stehen auf unserer Internetseite. Ich gehe zudem davon aus, dass sich hierfür in den Fachausschussberatungen eine Gelegenheit ergibt.

Folie 20 Was bedeutet das nun für die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltssanierungsplanes? Wir kommen zu dem Ergebnis, dass unser HSP „hält“.

Fehlbedarfsentwicklung Haushaltswurf 2013 (Stand 30.11.12)

Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss	Entwurf Haus- halt 2013	Differenz	
2013	- 10.826.340,00	-12.065.356 €	-1.239.016 €	
2014	- 4.744.587,00	-6.245.106 €	-1.500.519 €	
2015	- 1.085.058,00	-1.294.500 €	-209.442 €	
2016	464.812,00	543.629 €	78.817 €	Zieljahr 1
2017	396.928,00	395.625 €	-1.303 €	
2018	299.188,00	88.785 €	-210.403 €	
2019	562.488,00	109.785 €	-452.703 €	
2020	2.348.005,00	1.645.385 €	-702.620 €	
2021	2.946.588,00	1.999.885 €	-946.703 €	Zieljahr 2

**Fazit: Vorgaben werden eingehalten!
Der HSP ist genehmigungsfähig**

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

19

Sie sehen allerdings auch, dass es in den Jahren 2018 und 2019 unter den bisherigen Rahmenbedingungen knapp geworden wäre.

Soweit zu den Daten, die Sie in schriftlicher bzw. digitaler Form von uns erhalten.

Folie 21

Nun hat sich die Welt nach dem 30.11.2012 weitergedreht. Es gibt zwei Ereignisse, die sich in den Zahlen noch nicht wiederfinden, nämlich die zweite Modellrechnung zum GFG 2013 und die Erhöhung der Konsolidierungshilfe.

Erhöhung Konsolidierungshilfe 2. Modellrechnung GFG 2013

Jahr	Höhere Konsolidie- rungshilfe	2. Modellrech- nung GFG
1	2	3
2013	4.092.400,00	- 119.355,00
2014	4.092.400,00	- 126.000,00
2015	4.092.400,00	- 131.000,00
2016	4.092.400,00	- 136.000,00
2017	3.192.072,00	- 139.000,00
2018	2.332.668,00	- 142.000,00
2019	1.514.188,00	- 145.000,00
2020	736.632,00	- 148.000,00
2021	-	- 151.000,00

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012

20

Diese beiden Punkte unterscheiden sich allerdings von ihrer Lesart. Während die 2. Modellrechnung „gesetzt“ sein dürfte, ist das mit der Erhöhung der Konsolidierungshilfe so eine Sache. Der Innenminister hat nur neu gerechnet; ein Gesetz ist das noch nicht. Die Widerstände sind in den negativ betroffenen Städten bereits groß und man darf ge-

spannt darauf sein, welche Antworten der Landtag NRW hierauf findet. Für mich steht fest, dass das MIK und der Landtag gar nicht anders können und die neuen Zahlen auch Gesetz werden.

Die höhere Konsolidierungshilfe ist jedoch eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass der heute anstehende Steuerbeschluss und der HSP langfristig halten. Wir können bei der jetzigen Gesetzeslage allerdings die Steuersätze nur für 2013 garantieren.

Kommt die Änderung des Stärkungspaktgesetzes dagegen nicht oder kommt sie nicht in dem erhofften Maße, führt an den am 27.06.2012 beschlossenen Steuersätzen kein Weg vorbei. Sie müssen dann zum 01.01.2014 kommen!

Eins hat mir die Bezirksregierung außerdem mit auf den Weg gegeben:

Spielräume müssen dem Schuldenabbau dienen!

VII. Schlusswort

Folie 22

Der Weg, den wir gehen, ist solide, aber nicht risikolos.

Risiken

- Allgemeine Wirtschaftsentwicklung
- systembedingte geringere Schlüsselzuweisungen (z. B. wg. Steuerkraftentwicklung)
- Zinsen
- Sozillasten (insb. Eingliederungshilfe)
- Umsetzung HSP-Maßnahmen
- Tarifsteigerungen

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012 24

Wir könnten deshalb gezwungen sein, unsere Steuerbeschlüsse zu revidieren, wenn sie Realität werden. Ich gebe mir Mühe, verlässliche Prognosen zu erstellen. Stimmen die Prognosen, haben wir gewonnen. Gehen sie daneben, müssen wir dazu stehen, wenn sie eintreffen. Prognosen sind eben keine Wahrheiten. Wir müssen daher den Mut ha-

ben, uns ggf. später einzugestehen, dass unsere heutigen Steuerbeschlüsse falsch waren. Und wir müssen den Mut haben, zu unseren HSP-Maßnahmen zu stehen!

Folie 23

Kein Risiko ohne Chance. Als Chance sehe ich den Fiskalpakt an.

Chance Fiskalpakt

- **Fiskalpakt nach der Bundestagswahl ab 2014/2015**
(der Bund übernimmt ganz oder teilweise die Kosten der Eingliederungshilfe).
- **Noch nicht verlässlich kalkulierbar!**
Außer einer Verabredung gibt es noch keine belastbaren Aussagen, insb. keine Zahlen.
- **Bei Konkretisierung eröffnen sich evtl. zusätzliche Spielräume**

Hubert Große-Ruiken, 19.12.2012 24

Wir tun gut daran, ihn nicht einzukalkulieren. Wir würden vielleicht falsche Hoffnungen wecken. Ich glaube aber, dass wir einigermaßen sicher sein können, dass es hier Bewegung geben wird. Der Eingliederungshilfe wohnt der gleiche Sprengstoff inne wie der Jugendhilfe. Die Steigerungsraten sind exorbitant; in NRW zahlen die Kommunen die Zeche. Das ist in anderen Bundesländern anders. Und von den Spitzenverbänden wird kritisiert, dass gerade in NRW die Kosten pro Fall deutlich höher sind als in anderen Bundesländern. Dies verlangt nach Erklärungen, die ich Ihnen aber z. Z. noch nicht geben kann! Da müssen wir dranbleiben, obwohl die Eingliederungshilfe emotional stark besetzt ist und man sich hier auf einem Minenfeld bewegt.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Rathaus bedanken, die mich und Sie mit den notwendigen Unterlagen und Informationen versorgen. Ihre Leistungs- und Leidensfähigkeit ist bewundernswert. Sie und ich können uns freuen, solche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu haben.

Folie 24

Passend zu den Chancen und Risiken möchte ich schließen mit einem Zitat von Helmut
Wolkenwand:

Zahlen sind so herrlich beruhigend!

Und wenn man nichts falsch macht,

geht die Rechnung immer auf!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!